

Nullmeier/Biegoń/Gronau/Haunss/
Lenke/Schmidtke/Schneider

MARKTWIRTSCHAFT IN DER LEGITIMATIONSKRISE?

Ein internationaler Vergleich

campus

Marktwirtschaft in der Legitimationskrise?

Frank Nullmeier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Zusammen mit *Dominika Biegoń*, *Jennifer Gronau*, *Sebastian Haunss*, *Falk Lenke*, *Henning Schmidtke* und *Steffen Schneider* arbeitet er im Rahmen des Sonderforschungsbereichs »Staatlichkeit im Wandel« zur Frage der Legitimation von Politik und Ökonomie im Zuge der Globalisierung.

Frank Nullmeier, Dominika Biegoń, Jennifer Gronau,
Sebastian Haunss, Falk Lenke, Henning Schmidtke,
Steffen Schneider

Marktwirtschaft in der Legitimationskrise?

Ein internationaler Vergleich

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50209-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2014 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

1	Legitimation der Marktökonomie	7
	<i>Frank Nullmeier und Dominika Biegoń</i>	
2	Legitimationsdiskurse zur Marktökonomie: Forschungsdesign	41
	<i>Henning Schmidtke und Steffen Schneider</i>	
3	Legitimationskrise der Marktökonomie? Strukturen und Entwicklung nationaler Diskurse.....	65
	<i>Steffen Schneider und Henning Schmidtke</i>	
4	Sturm im Feuilleton: (De-)legitimierende Diskursnetzwerke.....	113
	<i>Sebastian Haunss</i>	
5	Metaphern und die Reichweite der Kapitalismuskritik: Regulierung statt Transformation.....	141
	<i>Jennifer Gronau</i>	
6	Narrative der Marktlegitimation: Eine Erfolgsgeschichte?.....	171
	<i>Dominika Biegoń</i>	
7	Ökonomie als politische Aufgabe: Der Verantwortungsdiskurs zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise	197
	<i>Falk Lenke</i>	
8	Das Unbehagen in der Marktökonomie	219
	<i>Jennifer Gronau und Frank Nullmeier</i>	

Abbildungsverzeichnis.....	227
Tabellenverzeichnis.....	229
Literatur	231
Autorinnen und Autoren	251

1 Legitimation der Marktökonomie

Frank Nullmeier und Dominika Biegoń

Wie werden Marktwirtschaft und Kapitalismus in der Öffentlichkeit bewertet? Ist die Marktwirtschaft seit 2008 mit der Finanzmarktkrise, dem darauf folgenden Wirtschaftseinbruch in vielen Ländern, der Schulden- oder Eurokrise in Europa und den wachsenden Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft in eine Legitimationskrise geraten? Wie verändert sich die Debatte über die Marktwirtschaft in diesem kritischen Zeitraum? Spitzt sich die Kritik zu und kommt es zur Gegenreaktion einer erneuerten Rechtfertigung dieser Wirtschaftsform? Wie intensiv ist überhaupt die Debatte und welche Akteure beteiligen sich an ihr mit welchen Argumentationen? Kommt es zu argumentativen Koalitionen unter bestimmten Gruppen? Bestimmen einzelne gewichtige Argumente die öffentliche Debatte? Kippt die Bewertung seit 2008 deutlich ins Negative? Gewinnen kritische Argumente an Stärke? In diesem Buch analysieren wir,¹ wie sich öffentliche Debatten zur Anerkennungswürdigkeit der Marktökonomie in den letzten Jahren entwickelt haben. Wir untersuchen damit *empirisch* die Legitimation der heutigen ökonomischen Ordnung. Die grundlegende Frage, die in dieser Studie beantwortet werden soll, richtet sich auf die *öffentliche Diskussion über Marktwirtschaft und Kapitalismus* vor und nach der Finanzmarktkrise. Ei-

¹ Dieses Buch präsentiert die Ergebnisse des Teilprojektes B1 des DFG-geförderten Sonderforschungsbereichs »Staatlichkeit im Wandel« unter der Leitung von Frank Nullmeier. Die Kodierungsarbeiten sind von den Autoren und Autorinnen dieses Buches gemeinsam durchgeführt worden. Unser Dank gilt den studentischen Hilfskräften Wiebke Anton, Anna Braam, Clara Friedrich, Wolfgang Geißler, Kristen Isherwood, Isabelle Kim, Klara Klopperschmidt, Katja Lamich, Nora Sinner, Sebastian Streb und Christoph Uhl, die in der Vorauswahl der relevanten Artikel und der Eingabe der Kodierungen wertvolle Arbeit geleistet haben, dem Geschäftsführer des Bremer Sonderforschungsbereichs »Staatlichkeit im Wandel« Dieter Wolf, der das Projekt jederzeit in Verwaltungs-, Finanz- und Organisationsfragen unterstützt hat, den Kollegen und Kolleginnen im Sonderforschungsbereich und dessen Sprecher Stephan Leibfried für viele wertvolle Diskussionen zu Grundlagenfragen der Legitimationsforschung. Ein besonderer Dank gilt der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

gene Antworten auf die Frage nach der *Legitimität* von Markt, Marktwirtschaft und Kapitalismus, d. h. der *normativen* Anerkennungswürdigkeit dieser ökonomischen Ordnung, wollen wir dagegen nicht präsentieren. Unsere Studie richtet sich allein auf die Bewertung von Marktwirtschaft und Kapitalismus in der medialen Öffentlichkeit.

Wir gehen davon aus, dass die Stabilität sozialer Ordnungen auch und gerade davon abhängt, dass in der öffentlichen Meinung ein Minimum an Unterstützung gesichert werden kann. Entsprechend untersuchen wir über einen Zeitraum von 14 Jahren (1998 bis 2011) das mediale Geschehen in Qualitätszeitungen, die weiterhin die Richtungsgeber der öffentlichen Meinung in etablierten Demokratien sind. Unsere Studie basiert auf einem internationalen Vergleich von vier Ländern: Deutschland, Großbritannien, USA und Schweiz. Wir wollen wissen, ob sich ländertypische Haltungen zur Ökonomie in den öffentlichen Debatten feststellen lassen. Verteilen sich Kritik und Verteidigung der Marktökonomie in den USA und Großbritannien anders als in Deutschland oder der Schweiz? Welche Kritik- und Rechtfertigungsmuster dominieren in welchem Land? Kommt es im Zuge der Finanzmarktkrise in allen Ländern zu einem Wandel der Legitimation? Gerät die Marktwirtschaft in allen Ländern in eine Krise ihrer Anerkennung oder wirkt sich die Krise ganz unterschiedlich aus?

Dieses Buch zur Legitimation von Marktwirtschaft und Kapitalismus ergänzt zwei vorhergehende Studien, die sich mit der Legitimation politischer Ordnungen auf nationaler und internationaler Ebene in den vier nationalen Öffentlichkeiten der USA, der Schweiz, Großbritanniens und Deutschlands beschäftigt haben (Schneider/Hurrelmann u. a. 2010; Nullmeier u. a. 2010). Gemeinsam ist diesen Analysen, dass sie sich auf die Bewertung der grundlegenden Strukturen von Politik und Ökonomie, auf die Ebene des Regimes oder der Ordnung, konzentrieren. Von der Bewertung einer ökonomischen Ordnung, sei es positiv als Rechtfertigung (oder Verteidigung) bzw. negativ als Kritik (oder Angriff), kann nur dann gesprochen werden, wenn sich die Äußerung auf Marktwirtschaft und Kapitalismus insgesamt oder deren wesentliche Prinzipien bezieht. Die Bewertung von einzelnen Unternehmen und Vertretern der ökonomischen Eliten, von einzelnen Strategien, Regulierungsmaßnahmen, sektoralen Entwicklungen etc. soll hier nicht interessieren.

Legitimationsfragen sind Fragen nach der Anerkennung der grundlegenden Strukturen. Es muss um die Marktwirtschaft oder den Kapitalismus selbst gehen, sei es deren grundlegende Ausprägung in einem Land, in

einer Weltregion und weltweit, oder sei es als Idealtypus und Modell.² Es muss mithin ein System, ein Regime, eine Gesamtheit angegriffen oder verteidigt werden, damit von Legitimation einer ökonomischen Ordnung die Rede sein kann. Allein diese auf Grundsätzliches zielende Kritik oder Rechtfertigung bildet den Gegenstand dieser Untersuchung.³ Dabei variieren die konkreten Bezeichnungen für die ökonomische Ordnung. Rechtfertigungen vermeiden eher den Terminus Kapitalismus, während Kritiken ihn bevorzugen (zu den theoriegeschichtlichen Hintergründen: Kocka 2013). Umgekehrt wird in positiven Bewertungen eher von Marktwirtschaft, freier Marktwirtschaft oder dem Markt gesprochen. Zudem gibt es Autoren, die beide Begriffe verwenden und systematisch zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus unterscheiden (z. B. Herrmann 2013). In diesem Buch wollen wir alle Formen von Kritik und Rechtfertigung erfassen unabhängig von ihrer semantischen Präferenz für die Begriffe Marktwirtschaft, Kapitalismus, kapitalistische Marktwirtschaft oder weitere Varianten. Als Terminus für unsere Beobachterperspektive auf das Legitimationsgeschehen mit seinem breiten Spektrum an Rechtfertigungen und Kritiken verwenden wir daher den Begriff *Marktökonomie*. Soweit wir Bereiche der Kritik untersuchen, die weitestgehend vom Kapitalismusbegriff bestimmt sind, wird der Terminus Kapitalismuskritik eingesetzt, im Falle einer ganz überwiegend Marktbegriffe verwendenden Legitimation nutzen wir auch die Formulierung Rechtfertigung der Marktwirtschaft. Wenden wir uns einzelnen Bewertungen zu, rekurrieren wir auf den Terminus, der in der öffentlichen Kommunikation selbst verwendet wurde.

2 In der öffentlichen Debatte lassen sich Statements, die sich auf die ökonomische Ordnung insgesamt beziehen, ohne Probleme von jenen unterscheiden, die nur einzelne wirtschaftliche Politiken und Strategien, Unternehmen oder Vereinigungen, Geschäftsfelder und Sektoren betreffen. Die Präzision der Debattenbeiträge ist aber meist nicht so hoch, dass durch die sozialwissenschaftliche Beobachterin zu entscheiden wäre, ob sich eine Äußerung z. B. zur »Ungerechtigkeit des globalen Kapitalismus« auf ein »Modell des Kapitalismus an sich« oder auf den aktuell existierenden Kapitalismus bezieht. Die für Theoriedebatten relevante Differenz zwischen Modellüberlegungen und Beurteilungen von Realzuständen lässt sich in der Untersuchung von massenmedialem Textmaterial nicht realisieren.

3 Mit der Dreigliederung von Kritik, Rechtfertigung und Vermittlung arbeitet die ideengeschichtliche Darstellung von Lisa Herzog und Axel Honneth (2013). Eine Bewertungsanalyse in medialem Textmaterial, wie wir sie vornehmen, kann aber nur positive, negative, in ganz seltenen Fällen auch abwägende Bewertungen der Marktökonomie finden. Zwar gibt es schwach oder stark negative bzw. positive Bewertungen, Auflistungen von sowohl positiven als auch negativen Bewertungen, aber keine einzelne vermittelnde Bewertung.

1.1 Sind Marktökonomien legitimationsbedürftig?

Fragen der Anerkennung und Anerkennungswürdigkeit von gesellschaftlichen Einrichtungen werden sozialwissenschaftlich unter den Begriffen Legitimität und Legitimation verhandelt. Die Legitimationsterminologie ist seit ihrer Etablierung durch Max Weber (1922) vor allem auf dem Gebiet der Politikwissenschaft genutzt und weiterentwickelt worden, sowohl für normative Theorien der Legitimität politischer Ordnungen als auch für die empirische Erforschung der Legitimation politischer Regimes. Bis heute fehlt es dagegen sowohl an einer normativen Theorie ökonomischer Ordnungen, die sich des Begriffs Legitimität als zentralem Terminus bediente, als auch – und das interessiert hier vor allem – an empirischer Forschung zur öffentlichen Legitimation von Marktökonomien.

Dieses Buch will zeigen, dass die in der Politikwissenschaft entwickelte empirische Legitimationsforschung methodische Verfahren und begriffliche Konzepte für die Untersuchung auch der Legitimation ökonomischer Ordnungen liefern kann. Wesentliche Kategorien der politikwissenschaftlichen Legitimationsforschung sind auf die Ökonomie anwendbar: Wir können die Intensität der Auseinandersetzung um die Legitimität ökonomischer Ordnungen ebenso messen wie verschiedene Arten von Legitimationsobjekten oder Legitimationsmustern identifizieren. Wir können in der Tradition von David Easton (1965, 1975) Unterscheidungen zwischen einer grundlegenden Ebene der Bewertung, der Ebene der Ordnung bzw. des Regimes, der Ebene der Bewertung einzelner Politiken, Sektoren, Handlungsfelder sowie der Ebene der Bewertung verantwortlicher Akteure nutzen, wenn beachtet wird, dass diese Unterscheidungen in einem sozialen System ohne Hierarchien und ohne Rechts- und Gewaltmonopole eine andere Bedeutung erhalten.

Dagegen ließe sich einwenden, dass der Begriff der Legitimität nur für politische Herrschaftsordnungen Verwendung finden könne und dürfe. Nur eine Ordnung, die Zwang ausübt, müsse sich auch legitimieren. Märkte seien jedoch freiwillige, spontane Kooperationsnetzwerke ohne Zwangsinstanzen und Gewaltapparate. Damit gelte für Marktökonomien, dass sie sich gar nicht als legitim erweisen müssten. Da allein auf Freiwilligkeit beruhend, stünden sie schlicht jenseits von Legitimität. Solange eine ökonomische Ordnung in ihrer Marktlichkeit als herrschaftslos und als System freiwillig eingegangener Beziehungen ohne hierarchische Ausübung von Zwang und Gewalt angesehen wird, fehlt es – so eine durchaus lange vor-

herrschende Sicht – an der Anwendungsmöglichkeit für den Begriff der Legitimität. Noch Jürgen Habermas (1973) hat in *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* behauptet, dass der Kapitalismus erst im Laufe seiner Entwicklung zu einer legitimationsbedürftigen Ordnung geworden sei. Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts galt ihm als liberale, von staatlichen Interventionen und Regulationen relativ freie Ökonomie bei geringer Vermachtung der Märkte. In dieser Zeit hatte die Marktökonomie kein Legitimationsproblem und konnte es aufgrund fehlender Zwangsmechanismen auch nicht haben. Mit dem Aufkommen von Kartellen und zunehmender Oligopolisierung sowie dem Wachstum von Sozial- und Interventionsstaatlichkeit tritt die Ökonomie aber in das Stadium des »Organisierten Kapitalismus« (Hilferding 1968) ein. Zentrales Merkmal dieser Formation sei die schwindende Bedeutung des reinen, idealtypischen Wettbewerbs- und Marktgeschehens. Mit der doppelten Vermachtung der Märkte, durch Unternehmenskonzentration und staatliche Eingriffe, dringen Herrschaft und Zwang in die Marktökonomie ein und entsprechend wird der Legitimitätsbegriff anwendbar. Erst mit dem organisierten Kapitalismus, so die These, wird der Kapitalismus legitimationsbedürftig. Der zunehmende Herrschaftscharakter mache Legitimität zu einer relevanten Kategorie der Ökonomie.

Daran gemessen ist die heutige, von staatlichen Einflüssen stark mitbestimmte Marktökonomie sicherlich legitimationsbedürftig. Auch weil Unternehmen und Märkte im Zuge von (Teil-)Privatisierungsprozessen vormals öffentliche Aufgaben (bei Fortbestehen staatlicher Regulationen) übernommen haben, ist mit einer Legitimationsbedürftigkeit zu rechnen. All jene Formen ökonomischer Ordnung, die relativ frei von staatlicher Intervention und Unternehmenskonzentration sind, könnten dagegen weiterhin als nicht legitimationsbedürftig gelten, also insbesondere jene Teile des Finanzmarktes, die nicht staatlich reguliert sind und einen weltweiten Fluss von Kapital unterschiedlichster Quellen erlauben. In Konsequenz dieser Theorie müsste man annehmen, dass der heute dominierende Teil der Marktwirtschaft, der Finanzmarkt, am wenigsten der Legitimation bedürfte. Dass diese die Welt beherrschende Ordnung nicht der Notwendigkeit einer Anerkennung als legitim unterliegt, ist sicher keine sinnvolle Schlussfolgerung. Die Legitimationsbedürftigkeit einer Ordnung vom Ausmaß von Zwang und Herrschaft versus Freiwilligkeit abhängig zu machen, führt mithin in Aporien.

Löst man den Legitimitätsbegriff von der Annahme, dass nur herrschaftliche, zwangsbewehrte Ordnungen legitim oder illegitim sein könnten, und unterstellt, dass jede gesellschaftliche Ordnung der Anerkennung bedarf, weil selbst die Freiwilligkeit von Interaktionen der expliziten Versicherung bedarf, als freiwillig gelten zu können, ist der Weg eröffnet, die Legitimationsbegrifflichkeit auch auf die Ökonomie anzuwenden. Anders als ein Großteil der Literatur gehen wir davon aus, dass auch ökonomische Arrangements prinzipiell legitimationsbedürftig sind. Gerade so wie für politische Systeme lassen sich generalisierbare normative Kriterien benennen, mit denen die Anerkennungswürdigkeit der Marktökonomie gerechtfertigt wird. Es ist aber durchaus davon auszugehen, dass die Legitimationsbedürftigkeit wächst, wenn sich der Herrschaftscharakter verstärkt oder ökonomische Akteure und Arrangements vormals öffentliche Herrschaftsaufgaben übernehmen (Leibfried/Zürn 2005; Hurrelmann u. a. 2007; Crouch 2011; Genschel/Zangl 2014: 344–345).

Finden öffentliche Diskurse zur Bewertung und Anerkennung einer Ordnung statt, können wir von einem Legitimationsgeschehen, einer Legitimationskommunikation oder auch von Legitimationsdebatten sprechen. Wird eine Ordnung aber nur sehr selten in ihrer Anerkennungswürdigkeit thematisiert, liegt das empirische Phänomen der A-Legitimität (Steffek 2007: 190) vor, das nicht mit dem theoretischen Konzept der Legitimationsbedürftigkeit verwechselt werden darf. A-Legitimität bezeichnet einen Zustand, in dem es zu keinen nennenswerten legitimierenden oder delegitimierenden öffentlichen Äußerungen zu einer ökonomischen (oder politischen) Ordnung kommt, in dem die Legitimationsintensität also sehr niedrig ist. Dies kann daran liegen, dass diese Ordnung als so selbstverständlich und fraglos gültig angesehen wird, dass es zu keinem gesellschaftlichen Diskurs über ihre Anerkennungswürdigkeit kommt. Die geringe Intensität der Legitimationsdebatte kann aber auch daran liegen, dass eine Ordnung als im Wesentlichen irrelevant angesehen wird und kaum bekannt ist, eine Konstellation, die sich beispielsweise bei der Untersuchung internationaler Organisationen als politischer Ordnungen zeigt. Etliche internationale Organisationen verharren im Zustand der A-Legitimität aufgrund geringer Relevanz für nationale Öffentlichkeit (Nullmeier 2013).

Legitimationsbedürftig sind auch auf Äquivalententausch und freiwilliger Interaktion beruhende Marktwirtschaften. Es kann aber durchaus zu einem sehr geringen Niveau expliziter Legitimationsdebatten, der A-Legitimität, kommen, sodass die Ordnung unbeachtet oder unbefragt bleibt.

Statt theoretisch entscheiden zu müssen, ob Legitimationsprobleme für ökonomische Ordnungen erst im Zuge des organisierten und sozialstaatlich regulierten Kapitalismus auftreten konnten, ist jeweils nach dem Grad der öffentlichen Auseinandersetzungen zu fragen. Es besteht zudem kein Zweifel, dass es gerade im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht an massiver Kritik der kapitalistischen Ordnung gefehlt hat. Der Kapitalismus hatte bereits in seiner Manchester-Phase mit den diversen sozialistischen Theorien und den Spielarten einer Marx und Engels folgenden Kritik der kapitalistischen Ökonomie eine eigene ideengeschichtliche Traditionslinie hervorgebracht, die die Legitimität der Marktökonomie in Frage stellte und grundlegende Alternativen anbot, meist unter den Namen Sozialismus, Kommunismus oder Anarchie (ideengeschichtlicher Überblick siehe Fettscher/Münkler 1986). Wenn die Marktökonomie je eine Legitimationskrise erlebt hat und sogar den revolutionären Zusammenbruch ihrer Ordnung auch aufgrund tiefgehender Zweifel an ihrer Legitimität – dann in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Marktökonomien waren also lange vor dem Spätkapitalismus intensivsten Legitimationsdebatten ausgesetzt und standen keineswegs jenseits von Legitimationsanforderungen.

1.2 Folgen der Finanzmarktkrise: Von der A-Legitimität zur Legitimationskrise?

Erst die wirtschaftlichen Erfolge in der Nachkriegszeit, technologische und sektorale Umwälzungen der Wirtschaftsstrukturen sowie der Untergang der realsozialistischen Ökonomien ließen eine Situation entstehen, in der die Anerkennungswürdigkeit der Marktökonomie kaum mehr zur Debatte stand. Es konnte der Eindruck entstehen, die Marktwirtschaft müsse nicht mehr aktiv gerechtfertigt werden. Ihre Gültigkeit schien so klar, eindeutig und unbestritten, dass es einer aktiven Legitimation gar nicht mehr bedurfte. Demokratie und Marktwirtschaft bildeten das siegreiche Paar gesellschaftlicher Ordnung. Die ordnungspolitische Alternative zur Marktökonomie hatte sich erledigt und ihren Anspruch auf Überlegenheit vollkommen verspielt. Ein deutlicheres Selbstdementi einer Wirtschaftsordnung als der Zusammenbruch des Realsozialismus war kaum denkbar. Zudem beschleunigte sich durch ihn die Europäisierung und Globalisierung der Ökonomie (Eichengreen 2007). Zusammen mit anderen Integrationschrit-

ten wie der Einführung der Europäischen Währungsunion entwickelte sich die globalisierte Ökonomie um die Jahrtausendwende zur zentralen Herausforderung. Zwar zeigten einzelne Währungskrisen und Crashes an den Aktienmärkten, dass der Erfolgskurs des weltweiten Kapitalismus nicht ohne Rückschläge bleiben konnte, doch setzte sich bis zum Jahre 2008 der Wachstumsprozess fort. So könnte man geneigt sein, für diesen Zeitraum die These aufzustellen, die Legitimationsdebatte habe sich soweit verflüchtigt, dass die *Marktökonomie in einen Zustand der A-Legitimität qua selbstverständlicher Hinnahme und fragloser Anerkennung* geraten sei. Dieser These zufolge wurde die Legitimität der Marktökonomie in dieser Phase weder bestritten noch gestützt, es gab keine wesentliche Infragestellung, keinen Streit um die Angemessenheit von Bewertungskriterien der Ökonomie oder auch nur ein nennenswertes Niveau an bewertenden Stellungnahmen.⁴

Dieses Buch will anhand empirischen Materials für vier nationale Öffentlichkeiten klären, ob es diesen Zustand der A-Legitimität für Marktökonomien gegeben hat oder nicht. War die Legitimationsintensität so gering, dass die Diagnose der A-Legitimität zutrifft? Oder zeigen sich wesentliche Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern? Und vor allem: Hat sich dies während der Finanzmarktkrise geändert?

4 Von A-Legitimität kann schon nicht mehr gesprochen werden, wenn versucht wird, Legitimität negativ zu erzeugen. Winston Churchill wird gern zitiert mit dem Satz »Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind«. (Originalfassung: »No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed, it has been said that democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time;...« Winston Churchill, PARLIAMENT BILL, HC Deb 11 November 1947 Vol. 444 cc. 206–207). Meist nur als Bonmot verwendet, kann es doch als Paradigma eines bestimmten Typus von Legitimationsverleihung gelten: der negativen Legitimation. Die in Frage stehende Ordnung wird direkt nur negativ gekennzeichnet bzw. überhaupt nicht mit positiven Eigenschaften angesprochen. Die Pointe liegt im Vergleich mit allen denkbaren oder bereits realisierten Alternativen. Die Legitimation einer Ordnung A erfolgt durch die Abwertung möglicher Alternativen B, C, D. David Graeber, führender Theoretiker der Occupy-Bewegung, hat diese Legitimationsstrategie zum Kern der aktuellen Ausprägung der Marktökonomie erklärt: »Der neoliberale Kapitalismus als Regierungsform zeichnet sich dadurch aus, dass er um jeden Preis den Anschein erwecken will, es gebe keine Alternative, wie Margaret Thatcher in den 1980er Jahren bekanntermaßen verkündet hatte. Mit anderen Worten, es wird erst gar nicht mehr ernsthaft versucht zu argumentieren, dass es sich bei der heutigen Wirtschaftsordnung um eine gute, gerechte und vernünftige Ordnung handle. [...] Es heißt jetzt schlicht, das System funktioniere zwar nur unzureichend, doch alle anderen Systeme würden im Gegensatz dazu überhaupt nicht funktionieren« (Graeber 2012: 14).

Wenn die These zutreffend sein sollte, dass Legitimationsfragen lange Zeit nicht explizit thematisiert wurden, müssen die Ereignisse im Gefolge der Finanzmarktkrise als Schock gewirkt haben (Reinhart/Rogoff 2009: 208; Mayntz 2012: 7). Die Anzeichen einer krisenhaften Entwicklung in den USA zeigten sich bereits 2007, die Immobilien- und Bankenkrise entfaltete sich 2008 und erreichte mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 ihren weltweit sichtbaren Höhepunkt, um dann in eine allgemeine Wirtschaftskrise umzuschlagen, die international meist als »Great Recession« bezeichnet wird. Einen Moment schien es so, als stehe der globale Finanzmarkt am Rande eines Zusammenbruchs. Die Sofortmaßnahmen der Regierungen in vielen Ländern – (Teil-)Verstaatlichung, Rettung von Banken mit riesigen Summen, Förderung der Wirtschaft mit groß dimensionierten Konjunkturprogrammen – zeigten ein außergewöhnliches Maß an Abweichung von den gewohnten wirtschaftspolitischen Instrumentarien (Bermeo/Pontusson 2012; Kahler/Lake 2013; Bermeo/Bartels 2014). Die marktwirtschaftlichen Mechanismen schienen nicht hinreichend in der Lage zu sein, die Krise und deren Folgen zu bewältigen. Die Jahre 2008 bis 2011 standen ganz im Zeichen dieser Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und der zunächst deutlich ausgeweiteten staatlichen Intervention, der bald Austeritätspolitik mit Haushalt- und Sozialleistungskürzungen, der Entlassung von Staatspersonal sowie der Kürzung von Gehältern und Pensionen mit großen Belastungen für breite Bevölkerungsgruppen folgten (Obinger 2012; Blyth 2013; Schäfer/Streeck 2013). Dieser Dramatik des politisch-ökonomischen Geschehens folgte auch die wissenschaftliche Publizistik, die in der Analyse der Krisenursachen ein über das Übliche deutlich hinausgehendes Maß an Skepsis gegenüber den Stabilisierungsmöglichkeiten der Ökonomie aufwies und nicht mit Kritik an den gegebenen Strukturen geizte (James 2009; Posner 2009, 2010; Sinn 2009; Hickel 2012; Panitch/Gindin 2012). Die Intensität des Krisengeschehens könnte zu der These führen, die Marktökonomie sei 2008 in eine schwierige Lage und ernste Bedrängnis geraten. Entsprechend hätten sich Kritiken an ihrer Funktionsweise und ihren Folgen gehäuft, sie sei grundlegend angezweifelt worden, sodass eine *Legitimationskrise der Marktökonomie* eingetreten sei.

Das vorliegende Buch will auch diese These anhand empirischen Materials überprüfen. Hat sich die Legitimationsintensität so gesteigert, dass man seit der Krise von einer intensiven Legitimationsdebatte sprechen kann? Und wären die inhaltlichen Beiträge so ausgerichtet, dass die Kritik